

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 10

Artikel: Protest in Peking
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protest in Peking

Drei Wochen lang gingen in China Tausende von Studenten auf die Strasse, um Freiheit und Demokratie zu fordern. Die Kommunistische Partei sieht sich mit der grössten Herausforderung konfrontiert, seit Mao Zedong (Tse-tung) die Volksbefreiungsarmee 1949 zum Sieg führte. Chinas Reformer vernachlässigten bisher die politische Liberalisierung. Die von Studenten angeführten Demonstrationen für Freiheit und Demokratie scheinen fürs erste vorbei zu sein. Die politischen Proteste haben jedoch dazu geführt, dass die Partei «an Gesicht» verloren hat: ein bei Chinesen nicht unbedeutender Verlust.

Der Tod von Hu Jao-bang am 15. April war das auslösende Moment der Unruhen. Hu musste 1987 seinen Hut als Parteivorsitzender nehmen, nachdem es zuvor an den Universitäten des Landes zu massiven politischen Unmutsäusserungen der Studenten gekommen war. Konservative in der Partei gaben Hu die Schuld und warfen ihm vor, er sei zu large und zu liberal. Die Proteste wurden unterdrückt, und es wurde eine Kampagne gegen «bourgeois Liberalismus» gestartet. Die Konservativen bil-

den optisch den linken, die Reformer den rechten Flügel innerhalb der chinesischen Kommunistischen Partei.

Doch die Unrast der damals noch nicht wie heute organisierten Akademiker in spe diente der «Linken» lediglich als Vorwand, um den in ihren Augen gefährlichen «Rechten» auszuschalten. Hu schickte sich nämlich an (ähnlich wie jetzt Parteichef Michail Gorbatschow in der Sowjetunion), die Partei politisch zu reformieren, wie es der Initiator der wirtschaftlichen Reformen, Deng Xiaoping, 1980 versprochen hatte. Er wollte sich der den Fortschritt hemmenden, weil um Privilegien und Pfründe bangenden alten Garde in der Partei und in der Armee entledigen, diese in Pension schicken.

Korruption und Inflation

Die Partei sieht sich gegenwärtig im wirtschaftlichen und politischen Bereich angegriffen. Die von Deng eingeleiteten Wirtschaftsreformen sind in die Sackgasse geraten. Korruption grassiert in höchsten Kreisen, die Inflation galoppiert bei 30 % und eskaliert weiterhin, die Einkommensunterschiede werden immer grösser, allgemeine

wirtschaftliche Unzufriedenheit greift um sich und verschafft sich Luft in Demonstrationen.

Formell in der Verfassung verankert

Die Forderungen der Studenten beschränken sich nicht auf vage Rufe nach «Demokratisierung». Sie hatten schon 1986 das politische System «ein bisschen besser als feudalistischen Despotismus, aber weitaus skrupelloser, diktatorischer und terroristischer» genannt. Nun verlangen die angehenden Akademiker, die von den Intellektuellen des Landes unterstützt werden, unter anderem Presse- und Versammlungsfreiheit. Formell sind diese Rechte in der Verfassung verankert, bis anhin in der Praxis aber nicht garantiert.

Die chinesischen Studenten können auf eine reiche Tradition im Demonstrieren verweisen. Am 4. Mai 1919 protestierten Pekinger Studenten gegen die Abtretung chinesischen Gebietes (gemäss Friedensvertrag von Versailles) an ausländische Mächte und für die Übernahme westlicher Wissenschaft und Demokratie.

Studenten in China

Die chinesische Regierung schätzt, dass um die Jahrhundertwende 50 Millionen Akademiker gebraucht werden, aber nur 15 Millionen dürften dann vorhanden sein. Soll es mit den Reformen vorangehen, braucht China dringend diese Hochschulabgänger. Doch scheut sich die Regierung beziehungsweise die Partei, mehr für Erziehung auszugeben, anspornenden Anreiz zu schaffen.

Zwei, höchstens drei Prozent vom National-einkommen werden in das Erziehungswesen «investiert». Und in den vergangenen fünf Jahren wurde das Geld hauptsächlich dazu verwandt, um 400 neue Universitäten zu bauen. China hat derzeit 1054 Hochschulen. Die Gebäude stehen zwar, aber deren Einrichtungen – vom Labor bis zur Bibliothek – sind ungenügend, mangelhaft. Lehrer und Professoren klagten über niedrige Löhne. Ein

Universitätsdozent verdient knapp die Hälfte eines Strassenhändlers. In der Provinz Fujian beispielsweise gaben vergangenes Jahr 853 Lehrer ihren Beruf auf. Die Folge war, dass 148 Schulen geschlossen werden mussten. Höhere Schulbildung zahlt sich nicht unbedingt in höheren Salären aus. Lehrer und Professoren suchen sich «lukrativere» Arbeitsmöglichkeiten. Es wird geschätzt, dass ein Viertel der Bevölkerung – über 250 Millionen Menschen – überhaupt keine Bildung genossen hat, als Analphabeten gelten. 30 Millionen Chinesen im Alter von 35 bis 45 Jahren gehören zur «verlorenen Generation». Es handelt sich um jene Menschen, die unter die Räder der Kulturrevolution gerieten und ebenfalls keine Schulbildung erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren gingen 50 000 junge Chinesen ins Ausland, um dort zu studieren. Knapp die Hälfte kehrte nach beendetem Studium zurück. Rückkehrer klagten über niedrige Löhne, schlechte Arbeits-

bedingungen, Wohnungsnot und darüber, dass ihr Rat und ihr im Ausland erworbenes Wissen häufig «ignoriert» werden.

Einige der im Ausland studierenden Chinesen kritisieren die Nichteinhaltung von Menschenrechten in ihrer Heimat. Sie gründeten die «Chinesische Allianz für Demokratie». Diese hat ihren Hauptsitz in New York. Die Organisation ist in China verboten, und ihre Mitglieder gelten als «feindliche Elemente».

Die chinesischen Studenten unterstützen die wirtschaftliche Modernisierung, doch sind sie mit den politischen Reformen unzufrieden. . . . China scheint alle zehn Jahre «reif» für politische Umwälzungen zu sein: 1949 Maos Sieg und Gründung der Volksrepublik China; 1959 der katastrophale «grosse Sprung nach vorne»; 1969 Höhepunkt der Kulturrevolution; 1979 Beginn der Reformen unter Deng Xiaoping. . . . Und 1989?

j.b.

Das war der Beginn der (Demokratisierungs-)«Bewegung des 4. Mai». Seit 1919 dienten chinesische Studenten als Katalysator für bedeutende (politische) Veränderungen. In den dreissiger Jahren organisierten sie Widerstand gegen den japanischen Imperialismus, spielten in Maos Kulturrevolution die entscheidende Rolle und halfen 1976 die «Viererbande» der Mao-Witwe stürzen und Deng an die Macht zu bringen. Die «Bewegung des 4. Mai» geniesst in China grosses Ansehen.

Gorbatschow flankiert seinen Umbau

Die chinesischen Kommunisten grauste es vor dem 15. Mai, dem Tag der Gipfelbegegnung in Peking zwischen Gorbatschow und Deng. Der Gedanke, die Massen jubelten dem Jungreformer aus Moskau zu, er-

schreckte sie. Sie haben Gründe: Gorbatschow nämlich flankiert – im Unterschied zu den Chinesen – seinen Perestrojka genannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau der Sowjetunion mit politischer Liberalisierung (in vorsichtigen Dosen) und Offenheit («Glasnost»).

Der 84jährige Deng scheint mit seinen forcierten Wirtschaftsreformen die politischen Möglichkeiten überschätzt zu haben. Das heisst, marktwirtschaftliche Elemente in der Volkswirtschaft, letztlich freie Marktwirtschaft dulden kein kommunistisches Korsett. Die Modernisierung der Wirtschaft war Hauptziel der chinesischen Reformer, derweil die politische Liberalisierung nur eine untergeordnete Rolle spielte. Die politische Tagesordnung in China ist heute nicht mehr dieselbe wie vor den Protesten der Studenten. ■

und Ayatollah-Anhängern statt. Dieser Machtkampf schien zugunsten der Pragmatiker beziehungsweise Liberalen auszugehen. Diese Tatsache dürfte Khomeini veranlassen haben, das «Todesurteil» über Salman Rushdi, den Verfasser der «Satanischen Verse», zu verhängen. Der Empörungsschrei vorab in Westeuropa, die Verurteilung Irans durch die Europäische Gemeinschaft (EG) einte die Iraner wieder hinter die Mullahs.

Wahrscheinlich um zu überleben, muss sich Rafsanschani radikal gebärden. Scharfsinnig genug ist er, um zu wissen, dass die zivilisierte Welt sich von Iran erneut distanzieren, es in die Isolation drängen wird. Die «äusseren Feinde» stärken die Position des Parlamentssprechers. Sein Aufruf ist aber ernst zu nehmen. Nach Angaben des amerikanischen Aussenministeriums war Iran im vergangenen Jahr weltweit in 33 terroristische Unterfangen, Verbrechen verwickelt. Terroristische Aktionen koordiniert in Teheran der geheime Oberste Verteidigungsrat. Unter anderem gehören diesem Vater und Sohn Khomeini, Staatspräsident Ali Khamenei und Aussenminister Ali Akbar Velayati an. Häufiger Besucher in der iranischen Hauptstadt ist Ahmed Jibril (Dschibril), Chef des extremistischen «Palästinensischen Befreiungsfront-Generalkommandos»...

Jacques Baumgartner

ZUSAMMENHÄNGE

Irrationales Iran

Iran, so will es scheinen, ist irrational, Äusserungen seiner Politiker verstandesmässig nicht fassbar. So hat der Parlamentssprecher, Akbar Haschemi Rafsanschani dazu aufgefordert, für jeden in den von Israel besetzten Gebieten (Gasastreifen und Westjordanland) getöteten Palästinenser fünf «Westler» – Amerikaner, Briten oder Franzosen – umzubringen, zu den Mitteln des Terrors zu greifen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat diesen Tötungsauftrag aus Teheran scharf verurteilt, sich Einmischung in die «inneren Angelegenheiten Palästinas» durch die Iraner verboten.

Mögliches Motiv

Rafsanschani überlebte die iranische Revolution bis anhin dank seines politischen Scharfsinns. Sein jeglicher Moral spottender Mordaufruf dürfte innenpolitischen Motiven entspringen. Und innenpolitisch ist Iran derzeit – seit Ayatollah Ruhollah Khomeini (86) vor zehn Jahren die Mullahs (Geistlichkeit) an die Macht führte – dem siebenten Jahrhundert (Abspaltung der Schia) verhaftet.

Das heisst, in Iran lebt der Geist des religiösen Fanatismus, der kompromisslosen Feindschaft gegen Reform und Fortschritt, gegen alles Weltliche und Westliche. Im

Gegensatz zu den vorwiegend sunnitischen Mohammedanern in den benachbarten Staaten gehören die Iraner zum überwiegenden Teil der schiitischen, der strenggläubigen Konfession des Islam an. Sie verehren die beiden Brüder Hussein und Hassan, Enkel des Propheten Mohammed, die in der Schlacht von Kerbela im Jahre 680 von den «falschen Kalifen» besiegt und geköpft wurden.

Im Sommer vergangenen Jahres akzeptierte Iran einen Waffenstillstand mit dem Irak. In den Monaten danach gelang es Rafsanschani, Iran etwas aus der Isolation zu führen, wieder Kontakt zu den Industriestaaten zu knüpfen, deren Beistand für den Wiederaufbau zu mobilisieren. Anfang vergangenen Februars verkündete der Parlamentssprecher, er wolle für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren; die Wahl findet Ende Jahr statt. Ohne den Segen der Mullahs kann Rafsanschani nicht Staatsoberhaupt werden.

Ausmarchung?

Am 21. Februar hatte Khomeini in einer Radiobotschaft an die Geistlichen gemahnt, «die Regierung darf nicht in die Hände von Liberalen fallen». Damit war auch Rafsanschani angesprochen beziehungsweise gewarnt. Offenbar findet derzeit in Teheran eine Ausmarchung zwischen Pragmatikern

Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
Redaktion – Administration –
Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91
Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.–
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 57.–/DM 68.–
Luftpost sFr. 62.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 36.–/DM 43.–
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.–